

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 2 §1 Nummern 2 und 6, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 2 §2 Absatz 1 und Artikel 2 §5, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007;

Aufgrund des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung, Artikel 15 §2 Absatz 2;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende;

Aufgrund der gleichlautenden Stellungnahme des föderalen Ministerrates vom ...;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 19. Oktober 2023;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 18. Oktober 2023;

Aufgrund des Gutachtens Nr. ... des Staatsrates, das am ... in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 26. September 2023;

Auf Vorschlag des für Beschäftigung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

„4. Arbeitsuchender: der Arbeitsuchende gemäß Artikel 3 Nummer 5 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung;“

2. Nummer 10 wird wie folgt ersetzt:

„10. entschädigter Vollarbeitsloser: folgende Personen, die die Bedingungen zum Erhalt einer Arbeitslosenunterstützung im Sinne von Artikel 27 Nr. 4 des Erlasses vom 25. November 1991 erfüllen:

a) die Person, die keiner Beschäftigung nachgeht;

b) der unfreiwillige Teilzeitarbeitnehmer im Sinne von Artikel 29 des Erlasses vom 25. November 1991;“

3. Nummer 16 wird wie folgt ersetzt:

„16. unbeschäftigter Arbeitsuchender: der Nutzer der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung gemäß Artikel 10 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung;“

4. Nummer 18 wird wie folgt ersetzt:

„18. Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung: die Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung gemäß Artikel 3 Nummer 1 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung;“

5. Folgende Nummer 20 wird eingefügt:

„20. Vermittlungsdienst: folgende Behörden:

a) die gemäß Artikel 22 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung anerkannten Vermittlungsdienste;

b) das Arbeitsamt;

c) die Dienststelle.“

Art. 2 – Artikel 4 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte Vollarbeitslose, die im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung gemäß Artikel 10 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung begleitet werden, können vom Arbeitsamt zu einer gemäß Artikel 3 anerkannten oder vom Arbeitsamt organisierten Berufsausbildung zugelassen werden.“

2. in §1 Absatz 2 wird die Wortfolge „Das Arbeitsamt“ durch die Wortfolge „Der Vermittlungsdienst“ ersetzt;

3. in §1 Absatz 3 wird die Wortfolge „beim Arbeitsamt“ durch die Wortfolge „beim Vermittlungsdienst“ ersetzt und die Wortfolge „des Arbeitsamtes“ durch die Wortfolge „des Vermittlungsdienstes“ ersetzt;

4. §1 Absatz 3 Nummer 1 wird aufgehoben;

5. in §1 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Wird der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet, übermittelt dieser Vermittlungsdienst den in Absatz 3 erwähnten Antrag dem Arbeitsamt.“

6. folgender §4 wird eingefügt:

„§4 – Die Zulassung zu einem Praktikum gemäß Artikel 35 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung wird für die Anwendung des vorliegenden Erlasses einer Zulassung zur Berufsausbildung gleichgesetzt.“

Art. 3 – In Artikel 5 Absatz 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird folgende Nummer 8 eingefügt:

„8. Ausbildungsverträge, die durch einen Ausbildungsträger im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme im Sinne von Artikel 27 abgeschlossen werden.“

Art. 4 – Artikel 7 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 wird der Absatz 2 wie folgt ersetzt:

„Die Bewertung der in Absatz 1 Nummern 2 und 3 aufgeführten Bedingungen wird durch den Vermittlungsdienst vorgenommen. Hierzu berücksichtigt der Vermittlungsdienst die Fähigkeit, die berufliche Vergangenheit und die persönliche Situation des Antragsstellers. Der Antragssteller kann einem medizinischen, psychologischen sowie Berufseignungstest unterzogen werden.“;

2. in §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „Unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte

Vollarbeitslose“ durch das Wort „Arbeitsuchende“ ersetzt.

Art. 5 – In Artikel 8 Absatz 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird zwischen die Wortfolgen „Beginn der Berufsausbildung“ und „abgeschlossen wird“ die Wortfolge „zwischen dem Arbeitsamt, dem Kursteilnehmer und gegebenenfalls dem Ausbildungsträger“ eingefügt.

Art. 6 – In Artikel 9 desselben Erlasses wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Beinhaltet die Berufsausbildung einen praktischen Teil im Unternehmen, wird dem Berufsausbildungsvertrag eine schriftliche Vereinbarung zwischen dem Arbeitsamt, dem Betrieb, dem Kursteilnehmer und gegebenenfalls dem Ausbildungsträger als Anlage beigefügt. Diese Vereinbarung beinhaltet folgende Angaben:

1. Identität des Kursteilnehmers;
2. das Datum des Beginns und des Endes des praktischen Teils im Unternehmen;
3. Name, Adresse, Rechtsform und Kontaktperson des Betriebs;
4. genaue Angaben zu der Anzahl der Unterrichtstage und -stunden pro Woche.“

Art. 7 – Artikel 10 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 2 Nummer 2 wird die Wortfolge „das Arbeitsamt“ durch die Wortfolge „der Vermittlungsdienst“ ersetzt;

2. in Absatz 2 Nummer 3 wird die Wortfolge „des Arbeitsamtes“ durch die Wortfolge „des Vermittlungsdienstes“ ersetzt;

3. in Absatz 3 wird die Angabe „14 ECTS“ durch die Angabe „20 ECTS“ und die Angabe „27 ECTS“ durch die Angabe „40 ECTS“ ersetzt;

4. folgender Absatz 4 wird eingefügt:

„Das Arbeitsamt kann den Berufsausbildungsvertrag bei Ablauf eines zwölfmonatigen Zeitraums aufgrund der Fähigkeit, der beruflichen Vergangenheit und der persönlichen Situation des unbeschäftigten Arbeitsuchenden bzw. des entschädigten Vollarbeitslosen um einen weiteren zwölfmonatigen Zeitraum verlängern, auch wenn er das Berufsausbildungsjahr gemäß Absatz 2 Nummer 4 nicht besteht.“

Art. 8 – Artikel 11 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen „dem Arbeitsamt“ und „jede Änderung“ die Wortfolge „und, insofern sie nicht vom Arbeitsamt begleitet werden, dem Vermittlungsdienst, der sie begleitet,“ eingefügt;

2. in Absatz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Wird der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet, informiert das Arbeitsamt diesen Vermittlungsdienst über die vorzeitige Beendigung der Berufsausbildung.“

3. in Absatz 3 wird zwischen die Wortfolgen „entschädigte Vollarbeitslose“ und „aufgrund der“ die Wortfolge „aufgrund falscher Angaben oder“ eingefügt.

Art. 9 – Artikel 12 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Wenn der Kursteilnehmer wegen Krankheit, eines Unfalls oder höherer Gewalt nicht an der Ausbildung teilnehmen kann, teilt er dem Ausbildungsträger und dem Arbeitsamt dies schnellstmöglich mit. Bei Krankheit oder Unfall rechtfertigt er seine Unfähigkeit durch ein ärztliches Attest, das beim Arbeitsamt eingereicht wird. Wenn die Unterbrechung der Berufsausbildung den Zeitraum von zwei Wochen überschreitet, wird der Vertrag ausgesetzt.“

2. folgender Absatz 4 wird eingefügt:

„Eine vorzeitige Beendigung des Berufsausbildungsvertrages durch das Arbeitsamt kann

in diesem Fall nur erfolgen, wenn es dem Kursteilnehmer vorher ein Beratungsgespräch angeboten hat. Ziel dieses Gespräches ist es, die Möglichkeit der Fortsetzung der Berufsausbildung zu erörtern und gegebenenfalls die möglichen Alternativen aufzuzeigen. Wenn der Kursteilnehmer von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet wird, wird dieser Vermittlungsdienst zu dem Beratungsgespräch eingeladen. Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Praktikumsvertrages informiert das Arbeitsamt diesen Vermittlungsdienst.“

Art. 10 – Artikel 13 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird aufgehoben;
2. folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„Wird der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet, informiert das Arbeitsamt diesen Vermittlungsdienst über die vorzeitige Beendigung der Berufsausbildung.“

Art. 11 – In Artikel 14 desselben Erlasses wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Eine vorzeitige Beendigung des Berufsausbildungsvertrages durch das Arbeitsamt kann in diesem Fall nur erfolgen, wenn es dem Kursteilnehmer vorher ein Beratungsgespräch angeboten hat. Ziel dieses Gespräches ist es, die Möglichkeit der Fortsetzung der Berufsausbildung zu erörtern und gegebenenfalls die möglichen Alternativen aufzuzeigen. Wenn der Kursteilnehmer von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet wird, wird dieser Vermittlungsdienst zu dem Beratungsgespräch eingeladen. Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Praktikumsvertrages informiert das Arbeitsamt diesen Vermittlungsdienst.“

Art. 12 – Artikel 15 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 1 wird der Betrag „150 Euro“ durch den Betrag „300 Euro“ ersetzt;
2. §4 Absatz 3 wird aufgehoben.

Art. 13 – Artikel 16 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. die Absätze 1 bis 4 werden zu §1;
2. folgender §2 wird eingefügt:

„§2 – Unbeschadet §1 gewährt das Arbeitsamt den unbeschäftigten Arbeitsuchenden und den entschädigten Vollarbeitslosen, die gemäß Artikel 37 §19 des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung entweder selbst oder über ein Mitglied desselben Haushalts Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung haben, die in §1 erwähnte Fahrtkostenentschädigung, insofern die dort erwähnten Bedingungen erfüllt sind.

Der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose reicht den entsprechenden Nachweis über das Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung vor Beginn der Berufsausbildung beim Arbeitsamt ein. Liegt der Nachweis vor Beginn der Berufsausbildung vor und reicht der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose diesen erst nach Beginn der Berufsausbildung ein, kann er die Fahrtkostenentschädigung erst ab dem ersten Tag des Monats nach demjenigen, in dem der Nachweis eingereicht wurde, erhalten.

Liegt der Nachweis zu Beginn der Berufsausbildung noch nicht vor und wird innerhalb von 20 Werktagen ab dem Beginn der Berufsausbildung durch den unbeschäftigten Arbeitssuchenden bzw. den entschädigten Vollarbeitslosen oder ein Mitglied desselben Haushalts beantragt, gewährt das Arbeitsamt nach dem Erhalt des Nachweises die Fahrtkostenentschädigung rückwirkend ab dem Beginn der Berufsausbildung. Wird der Nachweis nicht innerhalb von 20 Werktagen ab dem Beginn der Berufsausbildung beantragt, kann der

unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose die Fahrtkostenentschädigung erst ab dem ersten Tag des Monats nach demjenigen, in dem der Nachweis eingereicht wurde, erhalten.“

3. folgender §3 wird eingefügt:

„§3 – Das Arbeitsamt stellt dem Kursteilnehmer, dem es gemäß Artikel 6 Nummer 1 eine Fahrtkostenentschädigung gewährt hat, ein Formular zur Verfügung, das folgende Elemente umfasst:

1. Identität des Kursteilnehmers;
2. Wohnort des Kursteilnehmers;
3. Adresse des Ortes, an dem die Berufsausbildung stattfindet;
4. Anzahl Fahrten gemäß §1 im jeweiligen Monat.

Auf diesem Formular gibt der Kursteilnehmer eine ehrenwörtliche Erklärung zur Richtigkeit der Angaben ab.

Der Kursteilnehmer reicht dieses Formular monatlich beim Arbeitsamt ein. Die Einreichung des Formulars erfolgt vor dem zehnten Tag des Monats, der dem Monat folgt, auf den sich die Fahrten beziehen.“

Art. 14 – Artikel 17 wird wie folgt ersetzt:

„Die Prämie und die Fahrtkostenentschädigung werden für die in Artikel 10 Absatz 1 erwähnte Dauer des Berufsausbildungsvertrags gewährt, mit Ausnahme:

1. der Ferienzeiträume, die zwei Wochen überschreiten;
2. der Zeiträume, in denen der Vertrag gemäß Artikel 12 ausgesetzt wird;
3. der Zeiträume, in denen der Kursteilnehmer unentschuldigt abwesend ist.

Im Falle einer unentschuldigten Abwesenheit informiert der Ausbildungsträger unmittelbar das Arbeitsamt.

Als entschuldigte Abwesenheiten des Kursteilnehmers gelten insbesondere die folgenden Situationen und Ereignisse:

1. familiäre Ereignisse;
2. die Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten oder ziviler Aufträge;
3. das Erscheinen vor Gericht;
4. der Urlaub aus zwingenden Gründen;
5. die gesetzlich vorgesehenen Arbeitsunterbrechungen bezüglich des Mutterschutzes;
6. die Beantwortung eines Stellenangebotes durch den Kursteilnehmer.

Unbeschadet Absatz 1 wird die Fahrtkostenentschädigung nicht gewährt:

1. für die Zeiträume, in denen der Kursteilnehmer entschuldigt abwesend ist;
2. in den Situationen, in denen gemäß Artikel 16 §2 der Nachweis über das Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung bzw. dessen Beantragung nicht fristgerecht beim Arbeitsamt eingereicht wurde.

Die in den Absätzen 1 bis 4 vorgesehene Gewährung kann unter den in Artikel 10 Absatz 2 vorgesehenen Bedingungen verlängert werden.“

Art. 15 – Artikel 18 Absatz 1 Nummer 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt ersetzt:

„1. und während der Berufsausbildung nicht bereits für dieselbe Berufsausbildung eine Ausbildungsentschädigung, ein Berufseinkommen, eine Studienbörse oder ein zinsloses Darlehen gemäß dem Dekret vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen erhalten;“

Art. 16 – Artikel 19 Nummer 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt ersetzt:

„2. und während der Berufsausbildung nicht bereits für dieselbe Berufsausbildung eine Ausbildungsentschädigung, ein Berufseinkommen, eine Studienbörse oder ein zinsloses Darlehen gemäß dem Dekret vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen erhalten;“

Art. 17 – Artikel 20 Absatz 1 Nummer 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt ersetzt:

„2. nicht bereits für dieselbe Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme eine Ausbildungsentschädigung, ein Berufseinkommen, eine Studienbörse oder ein zinsloses Darlehen gemäß dem Dekret vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen erhalten.“

Art. 18 – Artikel 21 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben;
2. im einleitenden Satz von Absatz 4, der zu Absatz 2 wird, wird die Wortfolge „den Absätzen 1-3“ durch die Wortfolge „Absatz 1“ ersetzt;
3. in Absatz 4, der zu Absatz 2 wird, wird folgende Nummer 8 eingefügt:
„8. Qualifizierungsmaßnahmen im Sinne von Artikel 27, für die der Ausbildungsvertrag in Anwendung von Artikel 5 Absatz 2 dem Berufsausbildungsvertrag des Arbeitsamtes gleichgestellt wird.“
4. in Absatz 5, der zu Absatz 3 wird, wird die Wortfolge „der Absätze 1-4“ durch die Wortfolge „der Absätze 1 bis 2“ ersetzt.

Art. 19 – Artikel 23 §1 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b) wird die Angabe „27 ECTS“ durch die Angabe „40 ECTS“ und die Angabe „14 ECTS“ durch die Angabe „20 ECTS“ ersetzt;
2. in Absatz 1 Nummer 2 wird zwischen die Wortfolgen „die Berufsausbildung“ und „hauptsächlich von“ die Wortfolge „, mit Ausnahme der Vollzeitstudien gemäß Artikel 28,“ eingefügt;
3. folgender Absatz 4 wird eingefügt:
„Erfüllt der unbeschäftigte Arbeitsuchende zu Beginn der Berufsausbildung noch nicht die Bedingungen zum Erhalt einer Arbeitslosenunterstützung im Sinne von Artikel 27 Nummer 4 des Erlasses vom 25. November 1991, kann das Arbeitsamt den unbeschäftigten Arbeitsuchenden ab dem Moment freistellen, zu dem er diese Bedingungen erfüllt, insofern er die übrigen Bedingungen des vorliegenden Kapitels zu Beginn der Berufsausbildung erfüllt.“

Art. 20 – Artikel 28 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 2 Nummer 2 wird die Angabe „27 ECTS“ durch die Angabe „40 ECTS“ und die Angabe „14 ECTS“ durch die Angabe „20 ECTS“ ersetzt;
2. in §3 Absatz wird Nummer 5 wie folgt ersetzt:
„5. der entschädigte Vollarbeitslose während der letzten zwei Jahre vor Beginn der Freistellung mindestens 3 Monate, d.h. mindestens 78 Tage als unbeschäftigter Arbeitsuchender beim Arbeitsamt oder einem Vermittlungsdienst eines anderen Teilstaats eingetragen war.“;
3. in §3 Absatz 4 wird die Wortfolge „im Sinne von Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben a) und c)“ gestrichen.

Art. 21 – Artikel 30 Nummer 3 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 22 – Artikel 32 Absatz 2 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 23 – Artikel 33 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass vom 27. August 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 33 – *Betriebliches Praktikum*

§1 – Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um ein Praktikum gemäß Kapitel 5 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung handelt.

§2 – Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um ein betriebliches Praktikum im Ausland handelt.

Als Praktikum im Sinne von Absatz 1 gilt jede zeitlich begrenzte Tätigkeit, während der der Arbeitgeber dem Praktikanten auf dem Arbeitsplatz berufsrelevante Kenntnisse in praktischer Anwendung vermittelt.

Die Freistellung wird gewährt, wenn:

1. die in Artikel 7 festgelegten Bedingungen erfüllt sind;
2. die Praktikumsdauer 3 Monate pro Kalenderjahr nicht überschreitet;
3. ein Praktikumsvertrag abgeschlossen wurde;
4. ein Ausbildungsprogramm besteht;
5. das Praktikum von einem Praktikumsbegleiter begleitet wird;
6. die monatliche Ausbildungsentschädigung 1.350 Euro nicht überschreitet;
7. der Arbeitgeber den Praktikanten gegen Unfälle während des Praktikums und auf dem Weg vom und zum Praktikumsort versichert.

Der Minister kann den in Absatz 3 Nummer 6 erwähnten Betrag abändern.“

Art. 24 – Artikel 50 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. §2 Absatz 2 wird aufgehoben;
2. in §3 wird das Wort „unbeschäftigtem“ durch das Wort „unbeschäftigten“ ersetzt;
3. in §3 wird folgender Absatz 2 eingefügt:
„Wird der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose von einem anderen Vermittlungsdienst als dem Arbeitsamt begleitet, informiert das Arbeitsamt diesen Vermittlungsdienst über die vorzeitige Beendigung der Berufsausbildung.“;
4. folgender §4 wird eingefügt:
„§4 – Für Anwarter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung berücksichtigt das Arbeitsamt die in den §§1 und 2 erwähnten Situationen für die Anwendung der in Kapitel 6 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung festgehaltenen Kontrolle der Suchbemühungen.“

Art. 25 – In Kapitel 7 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird folgender Artikel 57.2 eingefügt:

„Art. 57.2 – *Übergangsbestimmung*

Alle Zulassungen zur Berufsausbildung, Prämien, Fahrtkostenentschädigungen und Freistellungen, die unbeschäftigten Arbeitsuchenden und entschädigten Vollarbeitslosen, die nicht im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung gemäß Artikel 10 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung begleitet werden, vor dem 1. Januar 2024 gewährt wurden, behalten ihre Gültigkeit bis zum Ende der jeweiligen Berufsausbildung.“

Art. 26 – In Kapitel 7 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020, wird folgender Artikel 57.3 eingefügt:

„Art. 57.3 – *Übergangsbestimmung*

Alle Freistellungen, die entschädigten Vollarbeitslosen für das Folgen eines Orientierungspraktikums im Sinne des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum gewährt wurden, behalten ihre Gültigkeit bis zum Ende des jeweiligen Orientierungspraktikums.“

Art. 27 – Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2024 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 1 Nummer 2, der mit Wirkung vom 31. Dezember 2018 in Kraft tritt;
2. Artikel 7 Nummer 4 und die Artikel 15 bis 17, die mit Wirkung vom 1. September 2023 in Kraft treten;
3. den Artikeln 21 und 26, die an einem vom Minister für Beschäftigung festzulegenden Datum in Kraft treten.

Art. 28 – Der für Beschäftigung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

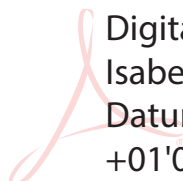
Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

Isabelle
Weykmans

 Digital unterschrieben von
Isabelle Weykmans
Datum: 2023.10.30 11:37:43
+01'00'

GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone, l'article 2, § 1^{er}, 2° et 6°, modifiés par le décret du 25 avril 2016, l'article 2, § 2, alinéa 1^{er}, et l'article 2, § 5, modifié par le décret du 25 juin 2007 ;

Vu le décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, l'article 15, § 2, alinéa 2 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi ;

Vu l'avis conforme du conseil fédéral des ministres, donné le ... ;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 19 octobre 2023 ;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 19 octobre 2023 ;

Vu l'avis n° [numéro] du Conseil d'État, donné le [date] en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

Considérant l'avis du Conseil économique et social de la Communauté germanophone, donné le 26 septembre 2023 ;

Sur proposition du Ministre compétent en matière d'Emploi ;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er} – A l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 4° est remplacé par ce qui suit :

"4° demandeur d'emploi : le demandeur d'emploi visé à l'article 3, 5°, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins ;"

2° le 10 est remplacé par ce qui suit :

"10° chômeur complet indemnisé : les personnes suivantes qui remplissent les conditions pour bénéficier d'une allocation de chômage au sens de l'article 27, 4°, de l'arrêté du 25 novembre 1991 :

a) la personne qui n'exerce aucune activité professionnelle ;

b) le travailleur à temps partiel involontaire au sens de l'article 29 de l'arrêté du 25 novembre 1991 ;"

3° le 16° est remplacé par ce qui suit :

"16° demandeur d'emploi inoccupé : l'utilisateur du placement axé sur les besoins visé à l'article 10 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins ;"

4° le 18° est remplacé par ce qui suit :

"18° demandeurs et bénéficiaires de prestations de chômage : les demandeurs et bénéficiaires de prestations de chômage visés à l'article 3, 1°, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins ;"

5° un 20° rédigé comme suit est inséré :

"20° service de placement : les autorités suivantes :

a) les services de placement agréés conformément à l'article 22 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins ;

b) l'Office de l'emploi ;

c) l'Office pour une vie autodéterminée."

Art. 2 – A l'article 4 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, est remplacé par ce qui suit :

"Les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complets indemnisés accompagnés dans le cadre du placement axé sur les besoins visé à l'article 10 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins peuvent être admis par l'Office de l'emploi à suivre une formation professionnelle agréée conformément à l'article 3 ou organisée par l'Office de l'emploi."

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots "L'Office de l'emploi" sont remplacés par les mots "Le service de placement" ;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots "à l'Office de l'emploi" sont remplacés par les mots "au service de placement" et les mots "de l'Office de l'emploi" sont remplacés par les mots "du service de placement" ;

4° dans le § 1^{er}, alinéa 3, le 1° est abrogé ;

5° dans le § 1^{er}, il est inséré un alinéa 4 rédigé comme suit :

"Si le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, ce service de placement transmet la demande visée à l'alinéa 3 à l'Office de l'emploi."

6° un § 4 rédigé comme suit est inséré :

"§ 4 - L'admission à un stage visé à l'article 35 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins est assimilée à une admission à la formation professionnelle pour l'application du présent arrêté."

Art. 3 – Dans l'article 5, alinéa 2, du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, il est inséré un 8° rédigé comme suit :

"8° les contrats de formation conclus par un opérateur de formation dans le cadre d'une mesure de qualification au sens de l'article 27."

Art. 4 – A l'article 7 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° § 1 alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

"L'évaluation des conditions visées à l'alinéa 1^{er}, 2° et 3°, est effectuée par le service de placement. A cet effet, le service de placement tient compte de la capacité, du passé professionnel et de la situation personnelle du demandeur. Le demandeur peut être soumis à un test médical, psychologique et d'aptitude professionnelle."

2° dans le § 2, alinéa 2, les mots "demandeurs d'emploi inoccupés et chômeurs complets indemnisés" sont remplacés par les mots "demandeurs d'emploi".

Art. 5 - Dans l'article 8, alinéa 1^{er}, du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les mots "entre l'Office de l'emploi, le participant et, le cas échéant, l'opérateur de formation" sont insérés entre les mots "le début de la formation professionnelle" et "est achevée".

Art. 6 - Dans l'article 9 du même arrêté, il est inséré un alinéa 2 rédigé comme suit :

"Lorsque la formation professionnelle comporte une partie pratique en entreprise, une convention écrite entre l'Office de l'emploi, l'entreprise, le participant et, le cas échéant, l'opérateur de formation est annexée au contrat de formation professionnelle. Cette convention contient les informations suivantes :

- 1° l'identité du participant ;
- 2° la date de début et de fin de la partie pratique en entreprise ;
- 3° le nom, l'adresse, la forme juridique et la personne de contact de l'entreprise ;
- 4° des indications précises sur le nombre de jours et d'heures de cours par semaine."

Art. 7 – A l'article 10 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, 2°, les mots "l'Office de l'emploi" sont remplacés par les mots "le service de placement" ;

2° dans l'alinéa 2, 3°, les mots "l'Office de l'emploi" sont remplacés par les mots "le service de placement" ;

3° dans l'alinéa 3, les mots "14 ECTS" sont remplacés par les mots "20 ECTS" et les mots "27 ECTS" par les mots "40 ECTS" ;

4° un alinéa 4 rédigé comme suit est inséré :

"L'Office de l'emploi peut, à l'expiration d'une période de douze mois, prolonger le contrat de formation professionnelle pour une nouvelle période de douze mois en raison de la capacité, du passé professionnel et de la situation personnelle du demandeur d'emploi inoccupé ou du chômeur complet indemnisé, même s'il ne réussit pas l'année de formation professionnelle visée à l'alinéa 2, 4°."

Art. 8 – A l'article 11 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots "et, dans la mesure où ils ne sont pas accompagnés par l'Office de l'emploi, le service de placement qui les accompagne" sont insérés entre les mots "à l'Office de l'emploi" et "toute modification" ;

2° l'alinéa 2 est complété par ce qui suit :

"Si le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, l'Office de l'emploi informe ce service de placement de la fin anticipée de la formation professionnelle."

3° dans l'alinéa 3, les mots "sur base de fausses déclarations ou" sont insérés entre les mots "chômeur complet indemnisé" et "sur base de".

Art. 9 – A l'article 12 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

"Lorsque le stagiaire est dans l'impossibilité de suivre la formation pour cause de maladie, d'accident ou de force majeure, il en informe l'opérateur de formation et l'Office de l'emploi dans les meilleurs délais. En cas de maladie ou d'accident, il justifie son incapacité par un certificat médical remis à l'Office de l'emploi. Si l'interruption de la formation professionnelle dépasse la période de deux semaines, le contrat est suspendu."

2° il est inséré un alinéa 4 rédigé comme suit :

"Dans ce cas, l'Office de l'emploi ne peut mettre fin prématurément au contrat de formation professionnelle que s'il a proposé au préalable un entretien de conseil au participant. L'objectif de cet entretien est de discuter de la possibilité de poursuivre la formation professionnelle et, le cas échéant, d'indiquer les alternatives possibles. Si le participant est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, ce service est invité à l'entretien de conseil. En cas de fin prématurée du contrat de formation professionnelle, l'Office de l'emploi informe ce service de placement."

Art. 10 – A l'article 13 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est abrogé ;

2° il est inséré un alinéa 2 rédigé comme suit :

"Lorsque le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, l'Office de l'emploi informe ce service de placement de la fin anticipée de la formation professionnelle."

Art. 11 - Dans l'article 14 du même arrêté, il est inséré un alinéa 2 rédigé comme suit :

"Dans ce cas, l'Office de l'emploi ne peut mettre fin prématurément au contrat de formation professionnelle que s'il a proposé au préalable un entretien de conseil au participant. L'objectif de cet entretien est de discuter de la possibilité de poursuivre la formation professionnelle et, le cas échéant, d'indiquer les alternatives possibles. Si le participant est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, ce service est invité à l'entretien de conseil. En cas de fin prématurée du contrat de formation professionnelle, l'Office de l'emploi informe ce service de placement."

Art. 12 – A l'article 15 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le montant de "150 euros" est remplacé par le montant de "300 euros" ;
- 2° le § 4, alinéa 3 est abrogé.

Art. 13 – A l'article 16 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° les alinéas 1 à 4 deviennent le § 1^{er} ;
- 2° il est inséré un § 2 rédigé comme suit :

"§ 2 - Sans préjudice du § 1^{er}, l'Office de l'emploi accorde aux demandeurs d'emploi inoccupés et aux chômeurs complets indemnisés qui, en vertu de l'article 37, § 19, de la loi coordonnée du 14 juillet 1994 relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, ont droit, eux-mêmes ou par l'intermédiaire d'un membre du même ménage, à une intervention majorée de l'assurance soins de santé, l'indemnité de déplacement visée au § 1^{er}, pour autant que les conditions qui y sont mentionnées soient remplies.

Le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé introduit l'attestation relative au droit à l'intervention majorée de l'assurance soins de santé auprès de l'Office de l'emploi avant le début de la formation professionnelle. Si l'attestation est disponible avant le début de la formation professionnelle et que le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé ne l'introduit qu'après le début de la formation professionnelle, il ne peut recevoir l'indemnité de déplacement qu'à partir du premier jour du mois suivant celui au cours duquel l'attestation a été introduite.

Si l'attestation n'est pas encore disponible au début de la formation professionnelle et que le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé ou un membre de son ménage en fait la demande dans les 20 jours ouvrables à compter du début de la formation professionnelle, l'Office de l'emploi accorde l'indemnité de déplacement rétroactivement à partir du début de la formation professionnelle après réception de l'attestation. Si la demande de justificatif n'est pas introduite dans les 20 jours ouvrables à compter du début de la formation professionnelle, le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé ne peut bénéficier de l'indemnité de déplacement qu'à partir du premier jour du mois suivant celui au cours duquel le justificatif a été introduit."

3° il est inséré un § 3 rédigé comme suit :

§ 3 - L'Office de l'emploi met à la disposition du participant auquel il a accordé une indemnité de déplacement conformément à l'article 6, 1°, un formulaire comprenant les éléments suivants :

- 1° l'identité du participant ;
- 2° lieu de résidence du participant ;
- 3° adresse du lieu où se déroule la formation professionnelle ;
- 4° le nombre de trajets visés au § 1 pour le mois concerné.

Sur ce formulaire, le participant fait une déclaration sur l'honneur quant à l'exactitude des données.

Le participant introduit ce formulaire chaque mois auprès de l'Office de l'emploi. La remise du formulaire a lieu avant le dixième jour du mois qui suit celui auquel se rapportent les trajets."

Art. 14 – L'article 17 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

"Art. 17 - La prime et l'indemnité de déplacement sont accordées pour la durée du contrat de formation professionnelle visée à l'article 10, alinéa 1^{er}, à l'exception :

- 1° des périodes de vacances qui dépassent deux semaines ;
- 2° des périodes pendant lesquelles le contrat est suspendu conformément à l'article 12 ;
- 3° des périodes pendant lesquelles le participant est absent sans justification.

En cas d'absence injustifiée, l'opérateur de formation informe immédiatement l'Office de l'emploi.

Sont notamment considérés comme absences excusées du participant, les situations et événements suivants :

- 1° les événements familiaux ;
- 2° l'accomplissement d'obligations civiques ou de missions civiles ;
- 3° la comparution devant un tribunal ;
- 4° les congés pour raisons impérieuses ;
- 5° les interruptions de travail prévues par la loi en matière de congé de maternité ;
- 6° la réponse du participant à une offre d'emploi.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, l'indemnité de déplacement n'est pas accordée :

- 1° pour les périodes d'absence excusée du participant ;
- 2° dans les situations où, conformément à l'article 16, § 2, l'attestation relative à l'intervention majorée de l'assurance soins de santé ou sa demande n'a pas été introduite auprès de l'Office de l'emploi dans le délai imparti.

L'octroi prévu aux alinéas 1 à 4 peut être prolongé dans les conditions prévues à l'article 10, alinéa 2."

Art. 15 - Dans l'article 18, alinéa 1^{er}, du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, le 1° est remplacé comme suit :

"1° et ne bénéficient pas déjà, pendant la formation professionnelle, pour la même formation professionnelle, d'une indemnité de formation, d'un revenu professionnel, d'une bourse d'études ou d'un prêt sans intérêt en application du décret du 26 juin 2023 portant création d'un fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie ;"

Art. 16 - Dans l'article 19 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, le 2° est remplacé comme suit :

"2° et ne bénéficient pas déjà, pendant la formation professionnelle, pour la même formation professionnelle, d'une indemnité de formation, d'un revenu professionnel, d'une bourse d'études ou d'un prêt sans intérêt en application du décret du 26 juin 2023 portant création d'un fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie ;"

Art. 17 - Dans l'article 20, alinéa 1^{er}, du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, le 2° est remplacé comme suit :

"2° ne bénéficient pas déjà, pour la même mesure préparatoire ou d'insertion, d'une indemnité de formation, d'un revenu professionnel, d'une bourse d'études ou d'un prêt sans intérêt en application

du décret du 26 juin 2023 portant création d'un fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie."

Art. 18 – A l'article 21 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 2 et 3 sont abrogés ;

2° dans la phrase introductive de l'alinéa 4, qui devient l'alinéa 2, les mots "aux alinéas 1 à 3" sont remplacés par les mots "à l'alinéa 1^{er}" ;

3° dans l'alinéa 4, qui devient l'alinéa 2, il est inséré un 8° rédigé comme suit :

"8° les mesures de qualification au sens de l'article 27, pour lesquelles le contrat de formation est assimilé au contrat de formation professionnelle de l'Office de l'emploi en application de l'article 5, alinéa 2."

4° dans l'alinéa 5, qui devient l'alinéa 3, les mots "des alinéas 1 à 4" sont remplacés par les mots "des alinéas 1 à 2".

Art. 19 – A l'article 23, § 1^{er}, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 1°, b), les mots "27 ECTS" sont remplacés par les mots "40 ECTS" et les mots "14 ECTS" par les mots "20 ECTS" ;

2° dans l'alinéa 1^{er}, 2°, les mots ", à l'exception des études à temps plein visées à l'article 28," sont insérés entre les termes "la formation professionnelle" et "a lieu principalement" ;

3° il est inséré un alinéa 4 rédigé comme suit :

"Si, au début de la formation professionnelle, le demandeur d'emploi inoccupé ne remplit pas encore les conditions pour bénéficier d'une allocation de chômage au sens de l'article 27, 4°, de l'arrêté du 25 novembre 1991, l'Office de l'emploi peut dispenser le demandeur d'emploi inoccupé à partir du moment où il remplit ces conditions, pour autant qu'il remplisse les autres conditions du présent chapitre au début de la formation professionnelle."

Art. 20 – A l'article 28 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du 27 août 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 2°, les mots "27 ECTS" sont remplacés par les mots "40 ECTS" et les mots "14 ECTS" par les mots "20 ECTS" ;

2° dans le §3 alinéa 1^{er}, le 5° est remplacé par ce qui suit :

"5° le chômeur complet indemnisé a été inscrit comme demandeur d'emploi inoccupé auprès de l'Office de l'emploi ou d'un service de placement d'un autre État fédéré pendant au moins 3 mois, c'est-à-dire au moins 78 jours, au cours des deux années précédant le début de la dispense ;"

3° dans le § 3, alinéa 4, les mots "au sens de l'alinéa 1^{er}, 5°, a) et c)" sont supprimés.

Art. 21 - Dans l'article 30 du même arrêté, le 3° est abrogé.

Art. 22 - Dans l'article 32 du même arrêté, l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 23 - L'article 33 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du 27 août 2020, est remplacé par ce qui suit :

"Art. 33 - Stage en entreprise

§ 1^{er} - Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé lorsque la formation professionnelle est un stage visé au chapitre 5 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 2 - Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle est un stage en entreprise à l'étranger.

Par "stage" au sens de l'alinéa 1^{er}, il faut entendre toute activité limitée dans le temps au cours de

laquelle l'employeur transmet au stagiaire, sur le lieu de travail, des connaissances professionnelles pertinentes, dans une approche pratique.

La dispense est octroyée si :

- 1° les conditions fixées à l'article 7 sont remplies ;
- 2° la durée du stage n'excède pas trois mois par année calendrier ;
- 3° un contrat de stage a été conclu ;
- 4° un programme de formation existe ;
- 5° le stage est encadré par un accompagnateur de stage ;
- 6° l'indemnité mensuelle de formation n'excède pas 1.350 euros ;
- 7° l'employeur assure le stagiaire contre les accidents survenant pendant le stage et sur le chemin du stage.

Le Ministre peut modifier le montant visé à l'alinéa 3, 6°."

Art. 24 – A l'article 50 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 2, l'alinéa 2 est abrogé ;
- 2° [concerne le texte allemand]
- 3° dans le §3, il est inséré un alinéa 2 rédigé comme suit :

"Si le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé est accompagné par un service de placement autre que l'Office de l'emploi, l'Office de l'emploi informe ce service de placement de la fin anticipée de la formation professionnelle."

- 4° il est inséré un § 4 rédigé comme suit :

"§ 4 - Pour les demandeurs et bénéficiaires de prestations de chômage, l'Office de l'emploi tient compte des situations mentionnées aux §§1^{er} et 2 pour l'application du contrôle des efforts de recherche visé au chapitre 6 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins."

Art. 25 – Dans le chapitre 7 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, il est inséré un article 57.2 rédigé comme suit :

"Art. 57.2 - Disposition transitoire

Tous les admissions à la formation professionnelle, primes, indemnités de déplacement et dispenses accordés avant le 1^{er} janvier 2024 aux demandeurs d'emploi inoccupés et aux chômeurs complets indemnisés qui ne sont pas accompagnés dans le cadre du placement axé sur les besoins visé à l'article 10 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, conservent leur validité jusqu'à la fin de la formation professionnelle concernée."

Art. 26 - Dans le chapitre 7 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 27 août 2020, il est inséré un article 57.3 rédigé comme suit :

"Art. 57.3 - Disposition transitoire

Toutes les dispenses octroyées aux chômeurs complets indemnisés pour suivre un stage d'orientation au sens de l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2002 relatif au stage d'orientation restent valables jusqu'à la fin du stage d'orientation en question."

Art. 27 - Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024, à l'exception :

- 1° de l'article 1^{er}, 2° qui produit ses effets le 31 décembre 2018 ;
- 2° de l'article 7, 4° et les articles 15 à 17, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2023 ;
- 3° des articles 21 et 26, qui entrent en vigueur à une date fixée par le Ministre de l'Emploi.

Art. 28 - Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias
I. WEYKMANS